Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1948

30 (11.3.1948)

Visual Library

3. Jahrgang / Nummer 30
Verlag: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b—5. Tel. 4051/53

BADISCHE
NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 11. März 1948
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.50 zuzügl. Zustellgebühr

Warnung an die Sowjetunion

Washington, 10. März. (Dena-INS) Der demokratische Senator von Tennessee, Kenneth McKellar, forderte die USA am 8. d. Mts. in seiner Stellungnahme zum Marshall-Plan vor dem amerikanischen Senat auf, die Sowjetunion davor zu warnen, daß Amerika kämpfen werde, sobald sie noch eine Nation gewaltsam in ihre Einflußsphäre bringe oder dies versuche. McKellar forderte ferner, daß die amerikanischen Streitkräfte in Bereitschaft gesetzt würden, damit die Vereinigten Staaten die Verteidigung der gefährdeten Nation sowie auch der anderen freien Nationen Europas übernehmen könne. Man solle die Sowjetunion nicht im Zweifel darüber lassen, daß Amerika den freien Nationen Europas helfen werde — Großbritannien, Frankreich, den drei Westzonen Deutschlands, Spanien, Italien, der Schweiz, Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Griechenland, der Türkei, Österreich und allen Nationen, die sich Amerika anschließen wollen.

Er sei nunmehr überzeugt, daß die sowjetischen Staatsmänner „das Gefühl haben, die UdSSR ist zu einem Kriege noch nicht ganz bereit, und hoffen, daß die Zeit kommen wird, in der sie einen Krieg beginnen und die Welt unterwerfen können".

Erneuter sowjetischer Protest

Washington, 10. März. (Dena) Die Sowjetunion hat, wie ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums am 9. ds. Mts. bekanntgab, hier erneut gegen die Londoner Dreimächtebesprechungen über Westdeutschland protestiert.

Die sowjetische Regierung gab am 8. ds. Mts. bekannt, ihr Botschafter in London, Georgi Zarubin, habe dem britischen Außenministerium am Samstag eine Note übermittelt, in der die sowjetische Regierung die Beschlüsse der Londoner Konferenz zur Deutschland-Frage ablehnt und erklärt, daß sie „keine Rechtskraft und keine internationale Gültigkeit haben können".

Sowjetunion wird nicht an der Ruhrkontrolle teilnehmen

Paris, 10. März. (Dena) Pierre Abelin, Staatssekretär im Büro des französischen Premierministers, gab laut Reuter am Mittwoch nach einer Sitzung des französischen Kabinetts bekannt, daß sich die Sowjetunion nicht an der internationalen Kontrolle der Ruhr beteiligen werde.

Vorbereitung zur Bildung deutscher West-Regierung

Washington, 10. März. (Dena) Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich werden, wie INS aus maßgebenden Kreisen am 9. ds. Mts. berichtet, damit beginnen, eine deutsche Regierung für die Westzonen Deutschlands mit zentraler Leitung, die jedoch nur beschränkte Vollmachten haben soll, einzurichten.

Deutschlands „Eintrittspreis"

Berlin, 10. März. (Dena) Frankreich wird sich an Deutschland mit dem Vorschlag wenden, einer internationalen europäischen Organisation beizutreten, wobei als „Eintrittspreis" die Internationalisierung des Ruhrgebietes verlangt würde, erklärte ein Sprecher der französischen Militärregierung am 9. ds. Mts. Deutschland habe die Wahl, entweder wie bisher nur nationalistische Ziele zu verfolgen, oder endgültig eine europäische Hilfe zur Sprache zu bringen.

Wenn Deutschland zu einer europäischen Haltung bereit sei, stehe seiner Wiederaufnahme in die Völkerfamilie und seiner Teilnahme an den Gewinnen der zu errichtenden Organisation nichts im Wege.

Zu Zugeständnissen bereit

London, 10. März. (Dena) Die Vertreter der drei Westmächte auf der Konferenz über den österreichischen Staatsvertrag erklärten sich hier laut AFP am Mittwoch bereit, den sowjetischen Forderungen entgegenzukommen, falls die sowjetische Delegation ihre Vorschläge nicht als „endgültig" betrachte. Sollte diese Konzession nicht eingeräumt werden, dann betrachteten sie alle weiteren Verhandlungen als zwecklos.

Präsident Benesch scharf bewacht
Sozialistische Einheitspartei in Aussicht

Neuvereidigte Armee — Beistandspakt Tschechei—Bulgarien

Prag, 10. März. (Dena-INS) Der Leiter des Europadienstes der amerik. Nachrichtenagentur INS, Kingsbury Smith, stattete am 8. März der Sommerresidenz Beneschs einen Besuch ab und versuchte den Präsidenten zu interviewen. Bei dem Besuch konnte er feststellen, daß Präsident Benesch von Soldaten der tschechoslowakischen Armee und von der Sicherheitspolizei scharf bewacht werde. Obwohl der Präsident gesundheitlich schwach und über die gegenwärtige Entwicklung in der Tschechoslowakei bedrückt sei, erfülle er weiter seine Pflichten als Präsident der kommunistisch beherrschten Tschechoslowakei.

Über den Besuch heißt es in dem Bericht u. a.: An der Tür des Hauses wurden wir von der Nichte des Präsidenten, Georgiana Benesch, begrüßt, die uns nach dem Arbeitszimmer der Residenz führte. Sie erklärte, daß der Präsident nicht zurückgetreten sei und daß er noch schwach sei, lange am Tage ruhe und seine Memoiren schreibe. Die Unterhaltung mit Miß Benesch hinterließ bei uns den Eindruck, daß dieses Haus von Angst und Kummer erfüllt ist. Ich übersandte dem Präsidenten durch seine Nichte eine Reihe von Fragen, u. a., ob es wahr sei, daß er die von der kommunistischen Regierung durchgeführten neuen Maßnahmen unter Druck angenommen habe und ob er sich bei der Annahme der neuen Kabinettsliste der wichtigen Rolle bewußt gewesen sei, die die kommunistischen Aktionskomitees bei ihren Säuberungsmaßnahmen spielen würden. Seine Nichte kehrte nach wenigen Minuten zurück und sagte, der Präsident bedauere, diese Frage nicht beantworten zu können. Sie müßten seinem Kanzler vorgelegt werden.

Bei unserer Abfahrt wurden wir einem Offizier der Sicherheitspolizei übergeben, während man unsere Angaben mit der Nichte Beneschs prüfte. Nach einer halben Stunde wurden wir entlassen und davor gewarnt, nie wieder ohne Kenntnis des Bewachungspersonals in die Residenz einzudringen.

Der Bruder des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Vojta Benesch, und der Vorsitzende des außenpolitischen Amtes der sozialdemokratischen Partei, Vilem Bernard, sind am 9. März von ihren Posten als Abgeordnete des tschechoslowakischen Parlamentes zurückgetreten. Das Präsidium des Aktionskomitees der tschechischen Sozialistenpartei schloß Dr. Peter Zenkl, den früheren Parteivorsitzenden, und Vizepremier Dr. Jaroslas Stransky, den ehemaligen Erziehungsminister, aus der Partei aus. Der frühere Außenhandelsminister Dr. Hubert Ripka, der ehemalige Justizminister Dr. Proko Drtina, der frühere Generalsekretär der Partei Dr. Vladimir Krajina und Julius Fort, Mitglied der Parteiexekutive und Schriftführer im Haushaltsausschuß des Parlaments wurden ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen.

Der tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk erklärte am 9. d. Mts. dem INS-Korrespondenten Kingsbury Smith in seinem ersten Interview, das er seit Beendigung der Regierungskrise einem ausländischen Pressevertreter gewährte, die tschechoslowakische Regierung dürfte es höchstwahrscheinlich für ratsam erachten, neue gegenseitige Hilfspakte mit einigen Nachbarstaaten einzugehen, die zur Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei bereit sind. Der Abschluß solcher Bündnisse, fügte Masaryk hinzu, würde keineswegs bedeuten, daß die Tschechoslowakei anderen europäischen Staaten gegenüber irgendwie voreingenommen sei.

Der tschechoslowakische Innenminister Fierlinger erklärte am 8. d. Mts. Ceteka zufolge, während einer sozialdemokratischen Versammlung in Olmütz, die Verwirklichung des Sozialismus werde naturgemäß zur Schaffung einer großen Einheitspartei der Werktätigen führen.

Die neue tschechoslowakische Regierung gab am Montagabend bekannt, daß die Angehörigen der tschechoslowakischen Streitkräfte einen Eid ablegen müssen, nie die Sowjetunion oder andere slawische Staaten zu verraten.

Diplomatische Kreise in der tschechoslowakischen Hauptstadt sehen, wie ein Reuter-Korrespondent am Dienstag berichtet, voraus, daß die Tschechoslowakei in Kürze mit Bulgarien einen gegenseitigen Beistandspakt für den Fall eines Angriffs nicht nur durch Deutschland, sondern auch durch eine dritte Macht abschließen wird.

Das neue tschechoslowakische Kabinett unter dem kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald stellte sich am 10. d. M. zum erstenmal dem tschechoslowakischen Parlament vor. Von den 300 Parlamentsabgeordneten dürfte die Regierung Gottwald der Unterstützung von 230 gewiß sein.

Die Parlamentsabgeordneten wurden zu Beginn der Sitzung ersucht, die parlamentarische Immunität einiger Abgeordneten aufzuheben. Es wird jedoch angenommen, daß dieser Antrag an den Immunitätsausschuß des Parlaments weitergeleitet wird.

„Selbstmord Masaryks"

Prag, 10. März. (AP) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Jan Masaryk nahm sich das Leben durch einen Sprung aus dem Fenster vom zweiten Stockwerk des Czernin-Palais.

Die Leiche Masaryks wurde am Morgen im Hofe des Palais gefunden und sofort hinweggetragen.

Aus einem Bericht des INS-Korrespondenten Kingsbury Smith geht hervor, daß der Tod Masaryks von den ausländischen Diplomaten in Prag als schwerer Schlag für die Kommunisten empfunden wird, da er zusammen mit Staatspräsident Benesch als Aushängeschild für die Demokratie benutzt worden sei. Über den tschechoslowakischen Rundfunk wurde bekanntgegeben, daß „Masaryk an seelischer Depression gelitten hat, die auf Angriffe der ausländischen Presse zurückzuführen seien."

Wie AP noch meldet, wurde unter den Tschechoslowaken, die nach dem kommunistischen Staatsstreich nach Deutschland geflohen sind, die Ansicht geäußert, daß Jan Masaryk ermordet worden sei. Einer von ihnen erklärte: „Ich kenne Masaryk persönlich, er würde niemals Selbstmord begangen haben, die Russen haben ihn ermordet."

Der tschechoslowakische Premierminister Klement Gottwald bestätigte, wie Dena meldet, laut Radio Beromünster offiziell den Tod des Außenministers Jan Masaryk.

AP meldet aus Lake Success, Daktor Jan Papanek, der tschechoslowakische Vertreter bei den Vereinten Nationen, habe am Mittwoch gefordert, der Sicherheitsrat solle den Staatsstreich in der Tschechoslowakei untersuchen.

Man vermutet, daß in der letzten Unterredung Masaryks mit Benesch der Schlüssel für die Tat Masaryks verborgen liegt.

Marshall fordert schnelle Europahilfe

Endgültige Schritte bis zum 10. April — Export von Mangelwaren in die Sowjetunion nur mit ausdrücklicher Genehmigung

Washington, 10. März. (Dena-Reuter) Der amerikanische Außenminister George Marshall ersuchte den Vorsitzenden des Repräsentantenhauses, Joseph Martin, am 8. d. M. persönlich, die Maßnahmen des Repräsentantenhauses in der Europahilfe zu beschleunigen. Martin gab Marshall gegenüber seiner Hoffnung Ausdruck, daß das Repräsentantenhaus endgültige Schritte in der Europahilfe bis zum 10. April oder kurz darauf unternehmen könne.

Um eine Beendigung der Diskussionen über die Gesetzgebung für das europäische Hilfsprogramm im Kongreß zu dem vom Außenministerium gewünschten Termin am 1. April zu ermöglichen, hat der Leiter des Außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus, Charles Eaton, am 9. d. M. eine Gruppe Senatoren und Abgeordneter zu einer Sondersitzung zusammenberufen.

Leitende Senatoren und Abgeordnete des Repräsentantenhauses konnten während ihrer Sitzung am 9. d. M. in der Frage, ob der Marshallplan durch Wiederaufbau und militärische Unterstützung Chinas, Griechenlands und der Türkei erweitert werden soll, Einigung erzielen.

Der amerikanische Senat billigte am 8. d. M. einstimmig einen Zusatzantrag zum Europa-Hilfsprogramm, wonach zum Export von Mangelwaren nach der Sowjetunion die ausdrückliche Genehmigung des Handelsministers erforderlich ist. Ein weiterer vom Senat gebilligter Zusatzantrag sieht vor, daß mindestens die Hälfte der Lieferungen im Rahmen des Marshallplanes auf amerikanischen Schiffen nach Europa transportiert wird.

Mit der am 9. d. M. eingetroffenen Annahme der gemeinsamen französisch-britischen Einladung zur Marshallplan-Konferenz durch Island, haben laut AFP alle 14 eingeladenen Länder eine zustimmende Antwort abgegeben. Die isländische Antwort wurde, wie laut INS ein Sprecher der britischen Regierung erklärte, von Großbritannien „wärmstens begrüßt".

Die Gewerkschaftskonferenz der Marshallplan-Staaten bildete am 9. d. M. während ihrer ersten Sitzung zwei je sieben Mitglieder umfassende Ausschüsse, von denen der erste eine allgemeine Erklärung über die Ziele der Konferenz vorbereiten und der zweite Vorschläge für die Bildung einer ständigen Organisation ausarbeiten soll.

Finnische Delegation für Bündnisverhandlungen mit Sowjetunion

Helsinki, 10. März. (Dena) Der finnische Ministerpräsident Mauno Pekkala ist INS zufolge am 9. März mit der Leitung der Delegation beauftragt worden, die sich nach Moskau begeben wird, um dort das Angebot Marschall Stalins für einen gegenseitigen finnisch-sowjetischen Beistandspakt zu erörtern. Pekkala hat Vollmachten erhalten, jeden „zufriedenstellenden Pakt" im Namen Finnlands zu unterzeichnen.

Ein umfassender Dokumentenbericht, aus dem hervorgeht, zu welchen Zugeständnissen Finnland bereit ist, soll laut INS bereits zusammengestellt sein. Die Delegation wird voraussichtlich Ende dieser Woche nach Moskau abreisen.

Wie AP meldet, wurde die Antwort des finnischen Staatspräsidenten Paasikivi auf den Vorschlag Generalissimus Stalins über den Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspakts mit Rußland am Mittwoch der sowjetischen Gesandtschaft in Helsinki übermittelt.

Prinzipielle Übereinstimmung über den Westunionpakt in Brüssel

Brüssel, 10. März. (Dena) Zu der Konferenz der Delegationen der fünf Westmächte am Montag in Brüssel erfahren wir, daß sich die Delegationen über sieben Punkte des vorgeschlagenen Vertrages geeignigt haben. Über die Probleme der überseeischen Gebiete konnte allerdings keine volle Übereinstimmung erzielt werden.

Die juristischen Ratgeber der Konferenz beschäftigten sich am Montag mit der Aufstellung einer Schiedsformel, die im Falle von Differenzen zwischen den fünf Mächten dem internationalen Gerichtshof in Den Haag vorgelegt werden soll.

Die meisten Klauseln des Vertragsentwurfes sollen Wirtschaftsprobleme betreffen. Daneben soll, wie INS aus zuverlässigen Kreisen erfährt, der Vertragsentwurf folgende Vorschläge enthalten: Einen französisch-britischen Plan für die gemeinsame Verteidigung der Kolonialgebiete der Mitgliederstaaten sowie einen Plan für die Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten, die sich unter den fünf Mächten ergeben. Die Unterzeichnung des Vertrages wird noch im Verlauf dieser Woche erwartet.

Der Sonderausschuß beendete laut AFP am Montagabend die Ausarbeitung von sieben Artikeln des Fünfmächtepaktes, die dem Ausschuß am Montagmorgen übergeben worden waren.

Die Delegierten der fünf Mächte prüften in ihrer Sitzung am Dienstagmorgen den Bericht, der ihnen von dem Sonderausschuß am Vortag vorgelegt worden war.

Prinzipielle Übereinstimmung wurde, wie Fernand van Langenhove, der belgische Delegationsleiter bei den Brüsseler Besprechungen am Mittwoch bekanntgab, über alle wichtigen Punkte des vorgeschlagenen Westunionpakts erzielt.

Währungsreform nicht erörtert

Berlin, 10. März. (Dena) Der alliierte Kontrollrat für Deutschland beendete am Mittwoch unter Vorsitz des sowetischen Vertreters, Marschall Wassilij Sokolowski, seine 81. Sitzung. Wie verlautet, wurde entgegen den Erwartungen die Frage der Verwirklichung einer gesamtdeutschen Währungsreform nicht erörtert.

Neues Kabinett in Japan

Tokio, 10. März (Dena-Reuter) Der japanische Ministerpräsident Hitoschi Aschida gab am 9. d. Mts. die Bildung eines neuen Kabinetts bekannt, in dem als stellvertretender Ministerpräsident Suehiro Nischio vertreten ist. Die Sozialdemokratische Partei ist in der neuen Regierung mit acht Sitzen vertreten und die extreme Linkspartei mit zwei. Die Demokraten haben sieben Portefeuilles inne.

Pläne eines „Befreiungskampfes der Araber gegen die Juden"

New York, 10. März. (Dena-Reuter) Großbritannien hat der Palästinakommission der Vereinten Nationen auf ihr Ersuchen hin in einer als endgültig und unwiderruflich angesehenen Antwort mitgeteilt, daß es vor dem Erlöschen des britischen Mandats am 15. Mai die Bildung oder Ausrüstung von Milizen auf palästinensischem Boden nicht gestatten könne.

Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, außer Großbritannien, traten am 8. d. M. zur Erörterung des Verfahrens für die Palästina-Debatte zusammen, ohne auf Fragen des Palästina-Problems direkt einzugehen. Die Sitzung, die inoffiziellen Charakter trug, fand in den Arbeitsräumen des sowjetischen Delegierten Gromyko statt.

Aus dem Bergland von Samaria wird gemeldet, daß in einer streng bewachten Ortschaft des Berglandes in der Nacht zum 9. März die Pläne für den „Befreiungskampf der Araber gegen die Juden" vom Stab des Oberkommandierenden der arabischen Befreiungsarmee ausgearbeitet worden sind. Die arabischen Guerillaführer aus Palästina hätten im Hauptquartier ihre letzten Instruktionen empfangen.

Aus Jerusalem verlautet, daß seit dem 29. Nov. v. Js. in Palästina nach amtlichen Angaben 1475 Personen ums Leben kamen.

Französischer Zeuge widerruft

Rastatt, 10. März. (Dena) In der Dienstag-Verhandlung des Röchling-Prozesses gab der französische Ingenieur Guy de Lacote als Zeuge entgegen seiner früheren Behauptung im Kreuzverhör durch Rechtsanwalt Dr. Otto Kranzbühler zu, daß Röchling möglicherweise nur für die Arbeitslöhne in Deutschland und nicht für die in den Erzgruben Lothringens verantwortlich gewesen sei.

Der Zeuge räumte weiter ein, daß von den 16 Mill. t Eisen, die während der deutschen Besetzung Frankreichs produziert wurden, nur sechs Mill. t für die französische Industrie verwendet wurden, daß aber auch nur ein Bruchteil der restlichen zehn Mill. t nach Deutschland gekommen sei.

Amnestieentwurf für entlassene deutsche Kriegsgefangene

Stuttgart, 10. März. (Dena) Der Entnazifizierungsausschuß des Länderrates der US-Zone hat am Dienstag den Initiativgesetzentwurf der SPD über eine politische Amnestie für entlassene Kriegsgefangene grundsätzlich gutgeheißen, teilte ein Vertreter des Länderrates hier am Dienstag mit.

Auf Antrag des süddeutschen Länderrates bei der Festnahme und Auslieferung angeblicher Kriegsverbrecher eine vom Länderrat vorgeschlagene Regelung zu treffen, hat die amerikanische Militärregierung, wie die Pressestelle des Länderrates am Dienstag bekanntgab, in den Hauptpunkten des Antrages gebilligt.

Ein einsamer Mahner

Am 12. März 1831 stand der ehemalige deutsche kommandierende General Berthold von Deimling auf der Kanzel der Jakobskirche in Zürich-Außersihl und sprach zu einer andächtig lauschenden Gemeinde in bezwingenden Worten für Frieden und Völkerverständigung, allgemeine Abrüstung und Ächtung des Krieges. Gerade jetzt, nach dem 2. Weltkrieg, ist es wert, das Werk und Andenken dieses Mannes, der, verfemt und verleumdet in seinem Vaterland, nur der Stimme seines Gewissens folgte, der Vergessenheit zu entreißen. Zu Ehren der Menschheit, die den Frieden sucht, zu Ehren des deutschen Volkes, dessen treuester Sohn er war.

Am 21. 3. 1853 als Sohn eines Kreisgerichtsrates in bescheidenen bürgerlichen Verhältnissen geboren, entschied sich der junge Mann für die Offizierslaufbahn und kam schon als junger Hauptmann in den Großen Generalstab, in dem er später unter Schlieffen den Aufmarsch des Heeres für den Ernstfall zu bearbeiten hatte.

Bei Beginn des Eingeborenen-Aufstandes in der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika im Jahre 1904 meldete sich Deimling zur Schutztruppe und wurde Führer eines Regiments, später Kommandeur der Schutztruppe. Seine Leistungen bei der Bekämpfung des Aufstandes wurden vom Kaiser durch Verleihung des erblichen Adels belohnt. Den langwierigen und verlustreichen Kleinkrieg beendete Deimling aus eigenem Entschluß über den Kopf des Gouverneurs hinweg durch einen Verständigungsfrieden mit den Eingeborenen, was ihm schärfsten Widerspruch von all denen, die am Kriege verdient hatten, einbrachte.

Mit dieser Tat stellte er sich zum ersten Male in Widerspruch zum herrschenden Geist des preußischen Militarismus. Man schrieb ihm: „Was Sie gemacht haben, Herr General, ist nicht preußisch; man verständigt sich nicht mit dem Feind, man vernichtet ihn." Jedoch sollte der Lauf der Entwicklung in der Kolonie Deimling recht geben; nie wieder während der deutschen Herrschaft in Südwest ist es bei den befriedeten Stämmen zu Unruhen gekommen.

Der Kriegsausbruch 1914 sah Deimling als Kommandeur des XV. Armeekorps; an dessen Spitze er an vielen Brennpunkten der Kämpfe an der Westfront eingesetzt war. Vor Ypern wurde er in vorderster Front, immer bestrebt, mit seinen Soldaten in Fühlung zu bleiben, durch ein Schrapnell verwundet. Allgemein beliebt und als ausgezeichneter militärischer Führer anerkannt, stand er jedoch in dem Ruf, ein unbequemer Mann zu sein, da er seine eigene Meinung hatte und das tat, was er selbst vor seinem Gewissen verantworten konnte und für richtig hielt.

So konnte es nicht ausbleiben, daß er endlich im Mai 1917 den „blauen Brief" des Militärkabinetts erhielt, der ihm, bei aller Würdigung seiner Verdienste, „aus Gesundheitsrücksichten" den Abschied nahelegte. Wie kommt es nun, daß dieser Mann, der mit Leib und Seele Soldat war, in der Folgezeit bis zu seinem Ende ein Kämpfer für den Frieden wurde? Lassen wir Deimling selbst zu Wort kommen:

„Nicht der Geist operativer Wirkung herrschte, sondern die Maschine. Dieser Krieg ist ohne Ritterlichkeit und Heroismus. Er entwürdigt die Menschen und macht sie zum blöden, wehrlosen Opfer der Maschine und des Giftgases. Manche Nacht bin ich bis zum Hellwerden in meinem Quartier hinter der Front auf und ab gerannt. Wenn ich als führender General statt zu führen, statt durch taktische Überlegenheit . . . nur das ausführende Organ einer schematisierten Knochenmühle war — wie konnte ich das Opfern meiner Leute vor meinem Gewissen verantworten? Damals . . . gab ich mir das Versprechen, weiterzukämpfen bis zur letzten Kraft — gegen den Krieg!"

In geradezu klassischer Form stellte er 1919 die Forderung nach wahrer politischer Aufklärung in einem Brief an den damaligen Reichsminister Erzberger, der später von irregeführten Nationalisten ermordet wurde: „Das deutsche Volk braucht Wahrheit zur Selbsterkenntnis, zur Läuterung und zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt und der eigenen Ruhe."

Mit diesen Gedanken und Forderungen eilte er seiner Zeit weit voraus und kann als geistiger Vorläufer der modernen Ideen des Amerikaners Emery Reves angesehen werden, die in dessen 1945 erschienenen Buche „Anatomy of peace" niedergelegt sind. Seinen kämpferischen Lebensweg, seinen Aufstieg zum höchsten militärischen Rang aus eigener Kraft und seine Wandlung zum Friedenskämpfer durch das Erleben des Weltkrieges hat Deimling in seinem 1930 erschienenen Buche „Aus der alten in die neue Zeit" geschildert. Dieses Werk erschien in französischer Übersetzung im Verlag Aubier, Paris.

Den eingangs erwähnten Vortrag in der Züricher Kirche schloß Berthold von Deimling mit den Worten: „Nicht nur um der menschlichen Interessen willen wollen wir uns gegen den Krieg auflehnen, sondern auch um Gott die Ehre zu geben, der die Menschen nicht dazu geschaffen hat, daß sie sich gegenseitig mit Gift und Bazillen ausrotten. Krieg dem Kriege! Vorwärts zu neuen weiten Menschheitszielen!"

J. von Kruse.

Dr. Pünder bestätigt

Frankfurt, 10. März. (Dena) Dr. Hermann Pünder, der vom Wirtschaftsrat am 2. März zum Vorsitzenden des bizonalen Verwaltungsrates (Oberdirektor) gewählt worden war, wurde am 8. März vom Zweimächtekontrollamt für diesen Posten bestätigt, teilte ein Sprecher dieses Amtes hier am Dienstag mit.

Wie von seiten des Zweimächtekontrollamtes bekanntgegeben wurde, sind von deutscher Seite als Präsident des Obergerichts Ministerialdirigent Canter, Wiesbaden, Oberlandesgerichtspräsident Ruscheweyh, Hamburg und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Wiesela, Hamm, vorgeschlagen.

Zur Frage des Panaschierens

Im Landtag wurde eine „Kleine Anfrage" in bezug auf die Gemeinderatswahlen gestellt. Regierungsdirektor und M.d.L. Ad. Kühn sagte zum Thema kürzlich wörtlich: „Es wird von informierter Seite behauptet, daß bei den Gemeinderatswahlen, die durch die Panaschierung eingetretene Veränderung, gemessen an der großen Zahl der für die Parteien und Bewerber abgegebenen Einzelstimmen, so verschwindend gering gewesen ist, daß mit Recht die Frage erhoben werden muß, ob die zur Auszählung nach der Wahl notwendige Arbeit in einem noch vertretbaren Verhältnis zu der eingetretenen Veränderung in der Verteilung der Sitze im Gemeinderat steht.

Ist die Staatsregierung bereit, zu dieser Behauptung Stellung zu nehmen und außerdem über die in den kreisfreien Städten ermittelten panaschierten Stimmenzahlen Auskunft zu geben? Und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den Mehraufwand an Zeit und Geld künftig zu ersparen."

Im Telegrammstil

Washington. Ein Sonderausschuß des amerikanischen Handelsministeriums empfahl am 9. d. Mts. sofort ein Programm einzuleiten, durch das die deutschen Überschußbestände an Eisen- und Stahlschrott den Stahlindustrien Amerikas und Europas zur Verfügung gestellt werden. (Dena-INS)

Lake Success. Die USA, Rußland, Frankreich und China haben beschlossen, Großbritannien zur Teilnahme an den Palästina-Besprechungen der Großmächte aufzufordern. (AP)

Santiago de Chile. Die chilenische Regierung beschloß laut INS am Dienstag alle Kommunisten aus Regierungsstellen zu entfernen. — Die chilenische Regierung gab am 8. d Mts. die Aufdeckung einer „ernstlichen kommunistischen Verschwörung" im Gebiet von Ovalle, ungefähr 200 km nördlich von Santiago bekannt. (Dena-Reuter)

London. Der finnische Staatspräsident Juho K. Paasikivi hat nach Pressemeldungen aus Helsinki einen Handelsvertrag mit der Sowjetunion gebilligt, meldete Radio Moskau am 8. d. Mts. Das Handelsabkommen wurde im Dezember v. Js. in Moskau unterzeichnet und sieht sowjetische Lieferungen von Metallen, Düngern und „einer notwendigen Menge von Lebensmitteln, Futter und Getreide" nach Finnland vor, während zum Ausgleich finnische Erzeugnisse geliefert werden sollen. — Der ungarische Gesandte in London, Estevan Bede, ist laut AFP am 9. d. Mts. nach seiner Rückkehr aus Budapest von seinem Posten zurückgetreten. — Das britische Unterhaus billigte am 9. d. Mts. die von Kriegsminister Emanuel Shinwell vorgeschlagenen Ausgaben für die britische Armee für das kommende Finanzjahr in Höhe von 305 Millionen Pfund Sterling, das sind 98 Millionen weniger als im laufenden Finanzjahr. (Dena-Reuter-INS).

Paris. Die französische Nationalversammlung billigte am 8 d. Mts. mit 315 gegen 255 Stimmen eine abgeänderte Fassung des Anti-Inflationssteuergesetzes. (Dena-Reuter).

Stockholm. Der schwedische Außenminister Östen Unden erklärte in einem am 9. d. Mts. veröffentlichten Artikel, die schwedische Regierung und das schwedische Parlament haben so eindeutig wie möglich zum Ausdruck gebracht, daß Schweden sich nicht in einen Block der Großmächte hineinziehen lassen wird. (Dena-Reuter)

Rom. Die italienische Regierung erklärt sich in einer am 9. d. Mts. veröffentlichten Note an die gegenwärtig in London tagenden Außenminister-Sonderbeauftragten bereit, die Verwaltung u. Treuhänderschaft für Libyen zu übernehmen. — Die ital. Regierung ist, wie die britische Botschaft am 8. d. Mts. bekanntgab, von den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs aufgefordert worden, sich wieder an dem Kontrollausschuß der internationalen Zone von Tanger zu beteiligen. (Dena-Reuter)

Heidelberg. 20 Theologiestudenten der Universität Heidelberg sind zu einer 14tägigen ökumenischen Arbeitstagung nach England eingeladen. Anschließend sind sie weitere 2 Wochen Gäste englischer Familien. (B)

Frankfurt. Baumwollstoffe, aus denen etwa zwölf Millionen Kleidungsstücke hergestellt werden können und die ursprünglich für den Export gefertigt waren, wurden nach einem am 8. d. Mts. zwischen dem Zweimächte-Kontrollamt und der Verwaltung für Wirtschaft unterzeichneten Abkommen der Bizone zur Verfügung gestellt, teilte das Zweimächte-Kontrollamt am 9. dieses Monats mit. — Der Hauptausschuß des Wirtschaftsrates beschloß am 9. d. Mts., das Gesetz über Preiskontrolle und Preisfestsetzung sowie das Demontageausgleichsgesetz auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung des Wirtschaftsrates am 16. März zu setzen. (Dena)

Düsseldorf. Der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Rud. Amelunxen wird nach Mitteilung d. Regierungspressestelle an dem vom 7. bis 10. Mai in Den Haag stattfindenden Europa-Kongreß teilnehmen. (Dena)

Hamburg. Eine Ausstellung deutscher Verlage will die IPAG (Internationale Presse-Austausch GmbH) Hamburg am 19. April in London eröffnen. Die Schau, an der sich alle namhaften Zeitungs- und Zeitschriftenverleger und etwa 200 deutsche Buchverlage beteiligen, wird mindestens drei Wochen lang in der Londoner Academy Hall gezeigt werden. Es ist geplant, sie später auch in Paris, New York und Buenos Aires zu zeigen. (Dena) — Norweg. Fischer haben 400 000 kg gefrorene Heringe im Wert von 20 000 Kronen für notleidende Kinder in deutschen Großstädten gespendet, wie das norwegische Rote Kreuz in Deutschland hier bekanntgab. (Dena)

Berlin. Zu dem sogenannten „Zweiten deutschen Volkskongreß" am 17. März und 18. März in Berlin sind die Ministerpräsidenten und Minister aller Länder der vier Besatzungszonen sowie die Parteivorstände aller politischen Parteien, die Oberbürgermeister der Hauptstädte der deutschen Länder und die Rektoren der Universitäten und Hochschulen eingeladen worden. (Dena)

Deutsche Begleitung erwogen

Pressekonferenz mit General Clay

Berlin, 10. März. (AP) Der amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, erklärte am 9. d. Mts. während einer Pressekonferenz, die amerikanischen Besatzungsbehörden würden die Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei nicht zur Rückkehr zwingen, ihnen aber eine politische Tätigkeit auf deutschem Boden nicht gestatten. Wie alle anderen Personen, hätten sie für ihren Unterhalt selbst zu sorgen. Die Bildung eines Ausschusses für gegenseitige Hilfe werde ihnen nicht untersagt werden. Ein Protest der neuen tschechoslowakischen Regierung gegen die den Flüchtlingen gewährte Zuflucht sei bisher nicht eingegangen.

General Clay erklärte ferner, er hoffe, daß die Marshallplan-Staaten die alliierten Verwaltungen der drei Westzonen zur Teilnahme an ihrer nächsten Konferenz auffordern, es sei wahrscheinlich, daß die alliierten Vertreter in einem solchen Fall von deutschen Beratern begleitet werden. Von Plänen, die deutschen Westzonen in die vorgeschlagene Westeuropäische Union einzuschließen, sei ihm zur Zeit nichts bekannt.

Clay bestätigte erneut, daß er zum ersten Juli um seine Entlassung aus der Armee gebeten habe, er nehme an, daß er Deutschland zu diesem Zeitpunkt verlassen werde.

Zum erstenmal nach Beendigung der Londoner Dreimächte-Besprechung trafen sich am 8. d. Mts. der amerikanische Militärgouverneur General Lucius D. Clay und der britische Militärgouverneur General Sir Brian Robertson im Rahmen ihrer regelmäßigen Konferenzen zu Besprechungen über laufende Fragen der Bizone.

Die amerikanische Militärregierung dementierte Meldungen, denen zufolge General Clay zu Besprechungen in Madrid eingetroffen sei.

Robertson zu Gegenwartsfragen

Einbeziehung Deutschlands wichtig

Berlin, 10. März. (Dena) Der britische Militärgouverneur für Deutschland, General Sir Brian Robertson, bezeichnete am 9. d. Mts. in einer Pressekonferenz die Einbeziehung Deutschlands in das europäische Wiederaufbauprogramm als einen sehr wichtigen Schritt und erklärte, daß die Vorteile, die den drei Zonen daraus erwüchsen, nicht hoch genug eingeschätzt werden könnten.

Mit dem auf der Londoner Dreier-Besprechung erzielten Übereinkommen über die internationale Kontrolle der Ruhr sei ein wesentliches Hindernis auf dem Wege zu einer einheitlichen Politik der Alliierten gegenüber Deutschland nunmehr beseitigt worden. Die Erhöhung der Stahlerzeugung werde für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas von größter Bedeutung sein. Falls die französische Zone sich der Bizone anschließe, müsse die von den Anglo-Amerikanern geschaffene Frankfurter Charta durch ein Abkommen aller drei beteiligten Mächte ersetzt werden.

Großwetterlage:
Regen und Sturm aus Ost und West

Achtung, Rückerstattungsgesetz!

Wiesbaden, 10. März. (Dena) Alle Personen, die zwischen 1933 und 1945 aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen sowie auf Grund ihrer Nationalität nachweisbar Vermögensgegenstände verloren haben, müssen, entsprechend dem Omgus-Gesetz Nr. 59 (Rückerstattungsgesetz) ihre Ansprüche bis zum 31. Dezember 1948 beim Zentralmeldeamt Bad Nauheim, das für die ganze US-Zone zuständig ist, geltend machen.

Hörst du mein heimliches Rufen…

Er rief nicht mit Gesängen, sondern tat es mit Briefen, die er über „den großen Teich" schickte. Der „erfreute" Empfänger war ein Bürgermeister in einer amerikanischen Stadt, der folgendes sachliches Schreiben erhielt:

„Durch die augenblicklichen Zustände ist fast jeder Deutsche darauf angewiesen, auf ausländische Hilfe abzuheben. Ich wende mich deshalb vertrauensvoll an Sie mit der Bitte, meine Familie, soweit es Ihnen möglich ist, zu unterstützen. Ich wäre Ihnen auch sehr dankbar für die Adresse eines Ihrer Bekannten, der deutschfreundlich ist und so handeln würde, falls es Ihnen nicht möglich wäre. Wir brauchen vor allem Nahrung, Kleidung, Schuhe …"

Diesen munteren Brief verfaßte Herr Willi Becker, Rheinstrandsiedlung, Nachtigallenweg 2. Er wird wohl von der Veröffentlichung ebenso überrascht sein wie wir es von seiner Dreistigkeit und dummschlauen Bettelei waren. Dabei lebt er absolut nicht in den schlechtesten Verhältnissen, die eine derartige Handlungsweise verständlich machen könnten. Er müßte sich einmal die Frage vorlegen, was die Empfänger dieser Briefe über uns Deutsche denken, und wieviel dadurch zerstört werden kann, was erst wieder angebahnt werden muß. Leider fehlt heute vielen das gesunde Gefühl; entweder triefen sie von Nationalstolz oder verlieren jede Haltung.

Der ehemalige Leiter der amerikanischen Preßkontrolle in Stuttgart, Peter Heller, der vor einiger Zeit nach Amerika zurückkehrte, sandte uns diesen Brief und bemerkte, daß der Bürgermeister von Santa Cruz in Anbetracht dieses Schreibens die Frage an ihn richtete, ob wohl die anderen besiegten Völker ebenso wenig Stolz an den Tag legten, wie es in diesem Falle Herr Becker als Deutscher tat. Zur gleichen Kategorie gehören auch jene, die aus alten amerikanischen Adreßbüchern Anschriften gegen „angemessene" Preise verkaufen. P. S.

Karlsruher CDU unter neuer Leitung

Der Kreisverband Karlsruhe-Stadt der CDU hielt am Dienstagabend (9. 3. 1948) im Speisesaal der Karlsruher Lebensversicherung seine Jahreshauptversammlung ab, bei der Chefredakteur Stadtrat Wilhelm Baur zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Als Stellvertreter wurden Stadtrat Karl Schwarz und Stadtkämmerer Dr. Franz Gurk bestellt. Damit ist eine erfreuliche Verjüngung in der Leitung der Karlsruher Union erfolgt. Regierungsdirektor Adolf Kühn, der bisher als Vorsitzender der beiden Kreisverbände Stadt und Land fungierte, behält künftig nur den Vorsitz im Kreisverband Karlsruhe-Land. Der neugewählte Vorsitzende W. Baur, der auch außerhalb der Union in Karlsruhe und im Land Baden einen guten Namen als Redner und Journalist hat, entrollte ein anschauliches Bild der politischen Lage. -et.

Ein Lob für die Schutträumung

Stadtrat stimmte Verträgen mit der AAK zu — Haushaltsplan 1947/48 angenommen

Zu Beginn der Stadtratssitzung am Dienstag, 9. März 1948, in der Oberpostdirektion gab Oberbürgermeister F. Töpper die Erklärung ab, daß die angeblichen Grabschändungen auf dem jüdischen Friedhof von spielenden Kindern herrührten, die aus Übermut Grabsteine umwarfen. Oberbürgermeister Töpper bat die Presse, derartige Vorkommnisse zuerst zu prüfen, um durch solche tendenziöse Meldungen keine Verwirrung im Ausland anzurichten. Dazu wäre zu erklären, daß die Meldung kurz vor Redaktionsschluß eintraf und daher nicht nachgeprüft werden konnte. Die Meldung wurde uns von der Vereinigung der politisch Verfolgten zugeleitet, die besagte, daß der Landesgeschäftsführer, sowie der Vorsitzende der Karlsruher Vereinigung und der Leiter der Landesbezirksstelle für Wiedergutmachung sich davon überzeugt hätten, daß es sich um eine politische Demonstration gehandelt hat. Wenn eine Körperschaft einschließlich des Regierungsvertreters eine solche Feststellung trifft, sollte es eigentlich keinen Zweifel an der Richtigkeit geben, der in diesem Fall jedoch berechtigt war.

Anschließend gab Bürgermeister F. Heurich, Dezernent für Enttrümmerung und Aufbau, einen umfassenden Überblick über die Trümmerbeseitigung. Er stellte die Frage, ob es richtig war, die Aufgabe so frühzeitig anzupacken. Die Frage müßte bejaht werden, weil die Schutträumung Vorbedingung für jeden Aufbau sei. Dadurch habe man die Situation vor der Währungsordnung ausgenützt und andere Städte würden heute bedauern, die Trümmerbeseitigung zurückgestellt zu haben. Die Diskussion über Schuttaufräumung und Trümmerverwertung habe eindeutig für die Schuttaufräumung entschieden. Es gäbe keine Patentlösung und viele Städte, darunter auch Stuttgart, seien ein Beweis für die Richtigkeit des beschrittenen Weges in Karlsruhe. Die Stadt hätte damit einen unschätzbaren Vorsprung erzielt. Die AAK habe sich in jeder Beziehung bewährt und in vorbildlicher Arbeit die Grundlage für den Wiederaufbau geschaffen. Es sei der AAK vorgeworfen worden, Baumaterialien zum Vorteil einzelner beteiligter Personen abgegeben zu haben. Diesen Vorwurf habe die Stadt wiederholt nachprüfen lassen und festgestellt, daß in der Hauptsache Baumaterialien als Kompensation abgegeben wurden um die für den Betrieb unentbehrlichen Materialien und Ersatzteile zu beschaffen. Deshalb könnten nur die Zeitumstände angeklagt werden. Der hohe Aufwand für die Enttrümmerung in Höhe von 17,5 Millionen Mark könne in Anbetracht der bevorstehenden Geldumstellung ohne weiteres verantwortet werden. In 2½ Jahren sei viel erreicht worden, wobei auch der Ehrendienst nicht vergessen werden dürfe, der mit zu diesen Erfolgen beigetragen habe und auch in diesem Jahr am Wiederaufbau mitarbeiten möge. Stadtrat Konz sprach im Namen der SPD-Fraktion und hob besonders die gute Zusammenarbeit zwischen Tiefbauamt und AAK hervor. Die AAK habe sich nicht nur in der Aufräumung und Verwertung von Baustoffen bestens bewährt, sondern auch überall mitgeholfen, wo es notwendig war. Im letzten Winter hätten einige Kolonnen in der Holzversorgung und bei der Zufuhr von Kartoffeln mitgeholfen, weil andere Kräfte nicht zur Verfügung standen. Es sei erfreulich, wenn beim Aufbau die einzelnen Bauämter mit der Wiederaufbaugemeinschaft des Bauhaupt- und Nebengewerbes (WAG) in ebenso gutem Verhältnis stünden wie die AAK mit den verschiedenen Dienststellen. Die SPD sei bereit, die Mittel zur Fortführung der Schuttabräumung zu bewilligen, um diese nicht zu gefährden; denn bei einer evtl. Stillegung gingen die Geräte an die einzelnen Firmen zurück, und an eine großzügige Schuttabführung wäre dann nicht mehr zu denken. Im Namen der KPD sprach Stadtrat Dietz und betonte, daß neben der Aufräumung die Dringlichkeit des Aufbaues nicht versäumt werden sollte. Stadtrat Dr. Werber (CDU) brachte zum Ausdruck, daß die CDU den positiven Leistungen zustimme, um auf alle Fälle vorwärts zu kommen. Er richtete an die AAK den Wunsch, im Interesse der Grundstückseigentümer mit größerer Vorsicht die Abbrucharbeiten durchzuführen, um den Schaden nicht zu vergrößern. Es müsse ein Lastenausgleich für die schwergeschädigten Grundstückseigentümer geschaffen werden, da heute noch nicht feststehe, wer die Kosten der Schuttabräumung später übernehmen solle. Für die DVP gab Stadtrat Dr. Kessler die Zustimmung seiner Fraktion und dankte für die geleistete Arbeit allen Beteiligten. Der Sprecher machte den Vorschlag, den Wiederaufbau auf genossenschaftlicher Grundlage zu fördern. Stadtbaudirektor Wittinger referierte über die Fabrikation von Baustoffen der Firma Menzinger u. Fendel. Aus Ziegelbrocken stelle die Firma Steine und Bauplatten her, und die Ergebnisse seien befriedigend. Die Firma Menzinger u. Fendel habe beantragt, aus dem Schutt der AAK Bausteine und Bauplatten herstellen zu dürfen. Stadtbaudirektor Wittinger erklärte, daß die Bausteine einigermaßen den Backsteinen gleichkommen, und bat, dem Antrag zuzustimmen. Die Vorlage wurde bei 3 Enthaltungen angenommen.

Oberbürgermeister Töpper legte abschließend den Haushaltsplan 1947 zur Verabschiedung vor. Der Haushaltsplan schließt in Ausgaben mit 51 616 620.— RM, denen 46 756 620.— RM Einnahmen gegenüberstehen. Das ergebe einen Fehlbetrag von 4 860 000.— RM, von dem erhofft werde, daß er durch Zuweisung aus dem staatlichen Notstop nach dem Gesetz über den Finanzausgleich aus Staat und Gemeinden gedeckt werden könne. Der Zuschußbedarf der einzelnen Teilhaushalte errechnet sich für allgemeine Verwaltung mit 2 573 780.— RM, Polizei 2 150 500.— RM, Schulwesen 3 421 640.— RM, Kultur- und Gemeinschaftspflege 634 660.— RM, Fürsorgewesen und Jugendhilfe 3 665 990.— RM, Gesundheitswesen, Volks- und Jugendertüchtigung 1 081 290.— RM, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen 5 476 460.— RM, öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung 1 958 030.— RM. Überschüsse erzielten wirtschaftliche Unternehmen in Höhe von 3 403 520.— RM, die Finanz- und Steuerverwaltung 10 698 830.— RM, die Städtischen Werke 3 823 460.— RM. Die Fraktionen stimmten den Haushaltssatzungen für das Rechnungsjahr 1947/48 zu und sprachen den Angestellten der Stadt den Dank für die geleistete Arbeit aus. P. S.

KURZE STADTNOTIZEN

9 Millionen Straßenbahnfahrgäste. Während im Januar die Zahl der Straßenbahnfahrgäste 7 169 186 betrug, ist sie im Monat Februar auf 8 939 557 gestiegen, dazu kommen noch die die Straßenbahn benutzenden Angehörigen der Besatzungstruppen, so daß mit über 9 Millionen zu rechnen ist. Diese Leistung ist umso höher einzuschätzen, wenn man berücksichtigt unter welch schwierigen Umständen der Betrieb aufrecht erhalten werden muß.

Die Städt. Volksbücherei (Alter Bahnhof) ist infolge dringender Reparaturarbeiten diese Woche am Donnerstag, Freitag und Samstag geschlossen. Ab Montag, den 15. März 1948, wird der Betrieb wieder aufgenommen.

Spenden für die Notgemeinschaft. Der Karlsruher Sängerkreis konnte anläßlich einer gemeinsamen Veranstaltung der Notgemeinschaft den Betrag von RM 465.— zur Verfügung stellen.

Kulturbund. Am 17. März spricht im Munzsaal für die Mitglieder und Freunde des Kulturbundes der indische Lehrbeauftragte an der Universität Bonn Prof. Tarachand Roy, über „Mahatma Gandhis Bedeutung für Indien und die Menschheit".

Besinnliche Stunde. Mittwoch, 17. d. Mts., 16.30 Uhr, lädt die Karlsruher Frauengruppe zu einer besinnlichen Stunde im Munzsaal (auch Nichtmitglieder) ein. Elena Lange referiert über „Frauengemeinschaft und Frauenziele" und Lotte Böhne rezitiert eine Novelle, umrahmt von Musik.

Die langjährige Leiterin des evang. Mädchenwerkes in Baden, Grete Schmitz, hat ihr Amt niedergelegt, um als Diakonisse sich ganz dem Dienst der helfenden Liebe zu widmen.

Geburtstag. Frau Luise Cramer, Scheffelstraße 68, feiert am 12. März 1948 ihren 80. Geburtstag.

„Die Frau in der Weltliteratur"

Über dieses Thema sprach in einer Versammlung der Frauengruppe der SPD Else Schlotterer-Stuttgart. Der Bogen ihres Vortrags spannte sich von der Dichtung der Antike, in der die Frau noch ein „Gegenstand" war, wo sich aber auch die ersten Emanzipationsbestrebungen der Frau regten, über die Minnesänger des Mittelalters, zu den Schäferliedern des Rokoko, zu Goethe und den Romantikern, zu Hebbel, Ibsen und Strindberg, zur modernen Literatur mit den Dichtungen eines Rilke, der endlich vom „weiblichen Menschen" sprach. Von der übertriebenen Idealisierung der Frauengestalten bei Goethe und den Romantikern kam die Vortragende zur Kritik der Ehe bei Hebbel, streifte die Kritik der Gesellschaft bei Ibsen und Strindberg und führte über die gefühlsbetonte Lyrik einer Droste zum selbstbewußten Ausdruck des Liebesempfindens der Frau in der modernen Dichtung, zu Ricarda Huch, Ina Seidel, Isolde Kurz. — Opernsängerin und Gesangspädagogin Vera Feldt-Braunecker umrahmte den Vortrag mit Liedern von Mendelssohn, Mozart und Bohm. L. O.

„Durch Italien und Dalmatien"

Es hat den Anschein, als ob der Hunger nach Vortragsreisen in ferne Länder noch nicht so schnell gestillt sein wird. Trotz der mannigfachen Angebote auf diesem Sektor sind die Veranstaltungen stets bis auf den letzten Platz ausverkauft. So war es auch im Munz-Saal, wo Fritz Römer seine Farblichtbilder mit guten Erläuterungen vorführte. In einer Stunde rollte die weiße Pracht dolomitischer Bergwelt, der ewige Zauber Venedigs und der Insel Capri vorüber. Ein kleiner Abstecher nach Algier, der in einem Schiffsreisetag von Süditalien aus unternommen werden kann, brachte afrikanische Fremde in bunten Bildern. Die Rückreise entlang der Dalmatinischen Küste bot alle Reize dieses gern besuchten Landes, dessen wild zerklüftete Buchten an die tiefen Fjorde Norwegens erinnern. efa.

Aufgabe Nr. 48
Von G. Becker, Durlach
Turnier des Dtsch. Schachbundes 1944

Matt in 4 Zügen

Kontrollstellung: W. Ka 7, Db3, La6, e7, Sd1, g8; B. b4, c4, c7, d6 (10).

Sch. Kc8, Dh 1, Tf2, g1, Lc6, Sb7; B. a5, c5, d7, d4, d3, e6, h7 (13).

Lösung der Aufg. 47 (Geißler) 1. Lg6!

G. Becker, Durlach, Auerstraße 2.

Schachweltmeisterschaft. In der vierten Runde der gegenwärtig in Den Haag stattfindenden Schach-Weltmeisterschaften besiegte Botvinik, Sowjetunion, den Amerikaner Samuel Reshevsky nach 32 Zügen durch Zeitnot des Amerikaners. Einen Tag vorher hatte sich Reshevsky mit Paul Keres, Sowjetunion, unentschieden getrennt. Das zweite Spiel am Dienstag zwischen Dr. Euwe, Holland, und Smyslov, Sowjetunion, wurde nach 42 Zügen mit Vorteil für Smyslov abgebrochen. In der Punktwertung führt Botvinik mit zwei Punkten und einer Hängepartie vor Keres mit zwei Punkten aus drei Spielen.

Wie wird das Wetter?

Kühler, leichter Nachtfrost. Vorhersage, gültig bis Freitag abend: Wechselnd bewölkt, zeitweise aufheiternd, trocken. Höchsttemperaturen am Donnerstag 9 bis 11 Grad, am Freitag 7 bis 10 Grad, nächtliche Tiefsttemperaturen plus 1 bis minus 2 Grad. Meist schwache Winde um Nordwest.

Rheinwasserstände

8. März: Konstanz 301 (+0); Breisach 140 (+6); Kehl 186 (—6); Maxau 371 (—6); Mannheim 260 (—8); Caub 188 (—8).

10. März: Konstanz 301 (+0); Breisach 147 (+7); Kehl 196 (+10); Maxau 375 (+4); Mannheim 252 (—8); Caub 180 (—8).

Sechs Spinnen wurden eingesponnen

Namen gestatten bekanntlich Rückschlüsse auf ihre Träger, und von einem Klub, dessen Mitglieder sich als Wappentier eine Spinne auf den Arm tätowieren lassen, sind daher schwerlich erbauliche Taten zu erwarten. Kein Wunder also, daß die Apachen- bzw. Indianervereinigung „Die schwarze Spinne", die sich eine Zeitlang im Karlsruher „Dorf" betätigt hatte, am Montag mit ihrem Häuptling, 5 ordentlichen bzw. sehr unordentlichen Mitgliedern und einem Hospitanten, wahrscheinlich also in kompletter Fraktionsstärke, im Amtsgericht aufmarschieren mußte, um ins Gebet genommen zu werden.

So erfuhr man dann, daß „Die schwarze Spinne" sich auf Nepp an Schwarzhändlern spezialisiert hatte. Natürlich nicht an Routiniers, die das Milieu des Dörfchens kennen und außer Mumm in den Knochen vielleicht noch etwas anderes bei sich führen, was auf die Buschklepper Eindruck macht; sondern auf Schwarzhandelseleven, die ihr Lehrgeld noch nicht losgeworden sind und die sie umlauernden Gefahren unterschätzen. Solche Greenhörner nun wurden, wie es im Jargon der „Spinne" hieß, „gespritzt". Diese Operation vollzog sich so, daß die Spinnenindianer sich einzeln oder zu zweien von einem ambulanten Schwarzhändler eine Offerte machen ließen, dem Geschäftspartner als Gegenwert den Friedenspreis der Ware in die Hand drückten und ihm nahelegten, schleunigst zu verduften. Befolgte der Geprellte ohne Murren den guten Rat, war der Fall erledigt, stellte er sich aber bockbeinig, so erscholl die Parole „Freier!", und fix flitzten aus dem Hintergrund einige weitere Spinnen herbei und verleideten ihm mit drohenden Gesten seine Lust zu weiterer Aufsässigkeit. Auch der Trick, nach Empfang der Ware „auf einen Augenblick" in eine vordere Haustür einzutreten, um Geld herbeizuschaffen, und durch eine hintere auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden, war beliebt und butterte prächtig. Alles in allem: eine Packung „Camel" für 2.40 RM, eine Flasche Schnaps zu 3.— RM, oder ein Pfund Kaffee zu 5.— RM (bezw. alles gar bargeldlos, wenn der Schwarzhändler rebellierte), bedeuteten ein lukratives Geschäft.

Man stelle sich aber die Spinnenleute nicht etwa als Banditen von Format vor, die einen beherzten Mann unbedingt hätten veranlassen müssen, sich ausplündern zu lassen und Fersengeld zu geben. Und wenn Landgerichtsrat Dr. Großmann, der die jugendlichen Sünder jovial auf Herz und Nieren prüfte, dem Führer der Spinnen lächelnd verriet, er an Stelle eines der Opfer hätte ihn übers Knie gelegt und ordentlich vertrimmt, so schnitt er bestimmt nicht auf.

Genau genommen hatten die Spinnen, indem sie nur den Friedenspreis der Waren bezahlten und den überschießenden Gewinn einzogen, wenn auch in anderer Form nur so gehandelt wie die Gerichte, die ja bekanntlich überführten Schwarzhändlern den ergatterten Mehrerlös ebenfalls abnehmen. Da aber die Justiz streng darauf achten muß, daß ihr auf diesem Gebiete von Unbefugten nicht ins Handwerk gepfuscht wird, mußten die Spinnen teils wegen Betrugs, teils wegen räuberischer Erpressung, teils wegen beidem eingesponnen werden. So erhielten denn der Oberspinnerich Franz Hausmann 1 Jahr und 6 Monate, Günther Buhlinger 1 Jahr, Rolf Buntenbach 1 Jahr 4 Monate, Ludwig B. 8 Monate, Friedrich H. 6 Monate, Hermann H. 14 Tage Gefängnis bzw. Jugendgefängnis; ein Angeklagter wurde freigesprochen. S.

Hausschwamm zerstört Wohnraum

In erschreckendem Maße greift der Hausschwamm um sich. Jeder erkannte Hausschwamm muß unverzüglich gemeldet werden. Für die meisten Häuser, in die es längere Zeit hineingeregnet hat, besteht Schwammverdacht. Fast jede Woche wird neuer Befall entdeckt, von dem die Hausbewohner meist keine Ahnung haben. Noch weniger ahnen sie, in welche Lebensgefahr sie durch den Hausschwamm, wenn er einmal längere Zeit im Holzwerk festsitzt, geraten können. Wenn dieser Seuche nicht gründlich entgegengetreten wird, werden wir noch Deckeneinstürze in steigender Anzahl erleben. Am meisten sind die Decken des obersten Stockwerks in Gefahr. Wenn sie einstürzen, schlagen sie häufig die darunter liegenden Decken bis ins Erdgeschoß durch.

Hat der Schwamm sich einmal eingenistet, so breitet er sich unter Luftabschluß rasch aus. Wenn es in einem Hause längere Zeit hineingeregnet hat und die Deckenfüllungen dadurch naß wurden, dann ist es falsch, die Wohnungen sofort herzurichten, ohne die Fußböden vorher herauszunehmen, die nasse Deckenfüllung zu entfernen, die Deckenbalken freizulegen und einige Monate zu lüften und besonders die Balkenköpfe, die im Mauerwerk stecken, gründlich zu untersuchen. Wo dese Arbeiten unterlassen wurden, besteht Schwammverdacht. Äußerlich tritt der Schwamm erst dann in Erscheinung, wenn er Feuchtkörper bildet. Er breitet sich dann an Decken und Wänden in runden Fladen aus, die hell- bis dunkelbraun aussehen und einen deutlichen weißen Rand zeigen. Für bewohnte Häuser bilden zerstörte Nachbarhäuser eine Gefahr, wenn durch angehäuften Bauschutt die Wände dauernd naß gehalten werden, oder durch stehen gebliebene wagrechte Deckenteile das Regenwasser aufgefangen und in die Brandmauer geleitet wird. Diese Gefahrenquellen müssen umgehend beseitigt werden, selbst wenn die Schutträumung dadurch verzögert würde.

Bei unserer physisch wenig widerstandsfähigen Bevölkerung bedeutet der Schwamm auch eine Bedrohung ihrer Gesundheit. Manche haben auch fahrlässigerweise den Hausschwamm in die bewohnten Häuser dadurch geschleppt, daß sie schwammverseuchtes Holz als Brennmaterial mit nach Hause nahmen und im Keller, wo sich die besten Wachstumsbedingungen boten, oder auf dem Speicher stapelten.

Hat der Schwamm auch das Mauerwerk befallen, gehören keine Holzdecken mehr in ein solches Haus; es müßten dann Massivdecken erstellt werden. Schwamm durchdringt meterdickes Mauerwerk; so daß es leicht durch die Brandmauern ins Nachbarhaus einzudringen vermag. Angesichts der katastrophalen Wohnungsnot muß der Schwamm bekämpft werden, wo immer er auftritt. Vor allem müssen bombengeschädigte Städte höheren Orts heute schon auf Sonderzuteilungen an Baustahl und Zement hinweisen. Die Produktion dieser Baustoffe muß um mehrere Mill. Tonnen jährlich gesteigert werden. W.

DIE WIRTSCHAFT

Zwillingsmännchen auf Abwegen

Das Problem der deutschen Warenzeichen im Ausland / Von Heinz Ad. Kaaf

Ein Warenzeichen dient dazu, bestimmte Waren zu bezeichnen, die aus dem Geschäftsbetrieb des Warenzeicheninnhabers stammen. Jedermann, der in Deutschland oder sonstwo in der Welt z. B. eine Flasche „Odol" kauft, weiß, daß er es mit einem deutschen Fabrikat zu tun hat, das er in der seit Jahrzehnten bekannten Verpackung an jedem Ort in der gleichen Qualität erhalten kann.

Nach den Gesetzen der meisten Staaten der Welt wird das Warenzeichen als Persönlichkeitsrecht gewertet und seine freie Übertragbarkeit verboten, so daß es nur zusammen mit dem dazugehörigen Teil des Geschäftsbetriebes auf einen anderen Besitzer übertragen werden kann. Diese Bestimmung wurde getroffen, um den Mißbrauch der Zeichen zur Täuschung des Publikums zu verhindern. Bei Abschluß des Neuenburger Abkommens, an dem 32 Nationen beteiligt sind, wurde dieser Grundsatz ausdrücklich anerkannt. So wird man bei Überprüfung der Gesetzesunterlagen vieler Staaten, die nach Kriegsende deutsche Warenzeichen übernahmen, feststellen, daß die durch Beschlagnahme angeordneten Übertragungen, die ohne Mitwirkung der deutschen Inhaber vorgenommen wurden, den eigenen Landesgesetzen widersprechen und damit nichtig sind.

Weltberühmte Marken, z. B. Persil, Odol, 4711, Erdal-Froschkönig, das Zwillingsmännchen der Henckel-Werke, Agfa, Indanthren u. a. m. stellen für den Inhaber einen außerordentlich wertvollen Besitz dar. Die mit dem bekannten Zeichen versehenen Waren sind im internationalen Handel ein Ordnungsprinzip von höchster Wirksamkeit. Wenn aber, wie dies durch die Wegnahme der deutschen Marken geschehen ist, auf unrechtmäßige Weise ein Warenzeichen in die Hand einer anderen Firma übergeht, so wird der Wert der Marke vernichtet. Den Käufern ist bald bekannt, daß das unter seinem alten Namen verkaufte Produkt nicht mehr aus seiner ursprünglichen Herstellungsstätte stammt, sondern von einem anderen Unternehmen angefertigt wurde, das weder die Originalrezepte besitzt, noch in der Regel über die wissenschaftlichen Möglichkeiten, Erfahrungen und Kontrollorgane der eigentlichen Hersteller verfügt. Das Publikum wird daher, sobald es die Nachahmung erkennt, diese nicht für besser halten, als irgend ein anderes Präparat von begrenzter lokaler Verbreitung.

Weder die Staaten, die ein berühmtes deutsches Warenzeichen für nichtig erklärten, noch die Erwerber selbst haben Vorteile von längerer Dauer. Die Staaten können ihrer nationalen Industrie das Geschäft des Markeninhabers nicht sichern und der Erwerber kann sich an den fünf Fingern abzählen, welche Folgen der Übergriff haben wird, und wann sie eintreten werden. Die Irreführung des Publikums macht sich nicht bezahlt: die auf ihrem Gebiet maßgebenden ausländischen Geschäftsleute haben dies längst erkannt. So sind es fast ausschließlich ausländische Unternehmen zweifelhaften Charakters, die sich um die deutschen Marken reißen und die versuchen, mit unlauteren Methoden vorübergehend Gewinne zu erzielen.

Der deutsche Außenhandel wird durch die Entwertung der deutschen Marken schwer getroffen, da viele Waren überhaupt nur unter ihrem bekannten Zeichen exportfähig sind. „Der Erfolg des Export-Import-Programms ist für Deutschland eine Frage von Leben und Tod", erklärte kürzlich William L. Logan, der Generaldirektor der JEIA in Frankfurt und fügte hinzu, die Bizone besitze nicht genügend Devisen, um ihre Bevölkerung zu ernähren, so daß britische und amerikanische Steuerzahler für die Lebensmitteleinfuhren aufkommen müßten. Wir wissen, daß die bisher erzielten Exporterlöse nur einen Bruchteil der Höhe der Einfuhren erreichten. Für uns ergibt sich aber die Frage: Warum gibt man uns die Friedenspatente und die auf den Weltmärkten bestens eingeführten Marken nicht zurück und hilft auch auf diese Weise, künftig die Exportmöglichkeiten zu steigern? Zwar ist von der Rückgabe keine sofortige Besserung der Exportleistungen zu erwarten. Solange jedoch die deutschen Ausfuhren überwiegend aus Grundstoffen bestehen und dieser Zustand vorläufig nicht geändert werden kann, ist es müßig, von einer Planung für den Wiederaufbau des deutschen Außenhandels zu sprechen, wenn diese Planung nicht auch jene Möglichkeiten einschließt, die unserer Wirtschaft durch den Entzug des geistigen Gutes genommen wurden.

Es fragt sich nun, was wir tun können, um den rasenden Verfall der deutschen Marken aufzuhalten. Vielleicht besteht die Möglichkeit, in einem Abkommen, das dem Londoner Abkommen vom 27. Juli über Patente entspricht, für die Behandlung deutscher Warenzeichen Richtlinien festzulegen, die deren Erhaltung bewirken. Auch im Versailler Vertrag wurden die deutschen Warenzeichenrechte wiederhergestellt und die Prioritäts- und Zahlungsfristen verlängert. Weiterhin könnte versucht werden, zweiseitige Verträge abzuschließen, die dem Washingtoner Abkommen mit der Schweiz und Schweden entsprechen; schließlich bliebe zu prüfen, ob Schritte zugunsten der deutschen Warenzeichen bei der durch Kontrollratsgesetz Nr. 5 eingesetzten Kommission für den deutschen Auslandbesitz eingeleitet werden können.

Es wird nicht leicht sein, das Problem zu lösen. Wenn aber die Absicht besteht, mit Deutschland geregelte Handelsbeziehungen aufzunehmen, so muß unserer Industrie zunächst wieder erlaubt werden, die altbekannten Marken zu benutzen, deren Beschlagnahme nicht nur eine sinnlose Zerstörung großer Werte bedeutet und jeden ehrlichen Handel untergräbt, sondern auch den bisher geltenden Prinzipien der Haager Landkriegsordnung (vergl. Art. 46 und 53) absolut widerspricht.

Württembergische Bank in Stuttgart. Das Institut, die frühere württembergische Notenbank, erzielte im Geschäftsjahr 1946 weder Gewinn noch Verlust. Der Vortrag von 1945 in Höhe von 0,25 Mill. Mark wird abermals auf neue Rechnung vorgetragen. In der Bilanz erscheinen Barreserven (Kasse, Reichsbankgiro und Postscheckkonto) mit 87,45 Mill. Mark, Wechsel mit 14 Mill. Mark, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Länder mit 84,26 Mill. Mark, Wertpapiere mit 29,6 Mill. Mark, Schuldner mit 24,43 Mill. Mark. Dem stehen gegenüber bei 7 Mill. Mark Kapital Gläubiger mit 194,3 Mill. Mark, Spareinlagen mit 16,44 Mill. Mark und Verpflichtungen aus gezogenen Wechseln mit 1,53 Mill. Mark. Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir, daß das Bedürfnis nach neuen Krediten sehr gering ist. Der Grund liegt darin, daß die Wirtschaft erst zu einem kleinen Teil angelaufen ist und fremde Gelder von ihr angesichts der im großen und ganzen unveränderten Geldfülle nur in bescheidenem Maße gebraucht werden.

Mehr Stickstoffdünger. Die Eigenerzeugung der Bizone an Düngemitteln wird nach Schätzungen von Sachkennern im Jahre 1948 insgesamt ca. 900 000 t erreichen gegenüber 750 000 t im Vorjahre. Berücksichtigt man die Einfuhr von monatlich 25 000 t amerikanischer und britischer Düngemittel und die Restanlieferung von 50 000 t österreichischem Kalk — Ammonsalpeter (bis Juni 1948) so könne die Düngemittelversorgung der Bizone fast als friedensmäßig angesehen werden. (Dena)

Steinkohlenförderung über 300 000 Tonnen. Zum ersten Male seit Kriegsende hat die tägliche Steinkohlenförderung in der britischen Zone am Montag dreihunderttausend Tonnen überschritten. Mit 306 801 Tonnen wurde an diesem Tage ein neuer Rekord erzielt. Anfang März 1947 betrug die Tagesförderung durchschnittlich 220 000 Tonnen. (Dena)

Halberg Maschinenbau und Gießerei AG. in Ludwigshafen. Die „Halberg Maschinenbau und Gießerei AG." in Ludwigshafen bringt etwa 200 Gießereiprodukte und etwa 100 bis 150 t Maschinenbauprodukte pro Monat heraus. Nebenher laufen Reparaturaufträge für die chemische Industrie, die Textil- und Nahrungsmittel-Industrie, für den Ruhrbergbau und die Wasserversorgung. Das Werk arbeitet mit einem Stammkapital von 6 Mill. Mark, das sich zu etwa 70 Prozent in franz. Händen befindet. Infolge Kriegszerstörungen (etwa 50 Prozent) und nicht befriedigender Preise arbeitet das Werk noch mit Verlust. Rund 1800 Personen werden beschäftigt. (Dena)

Vor Wiederaufnahme der Aluminiumerzeugung. Mit einer baldigen Wiederaufnahme der Aluminiumerzeugung der Bizone kann jetzt gerechnet werden, nachdem vor kurzem von zuständiger Besatzungsseite die Erlaubnis hierzu erteilt worden ist. In Nordrhein-Westfalen wird das Lippewerk, Lünen, die Erzeugung aus noch vorhandenen Bauxitbeständen wieder aufnehmen. Bei dem Werk ist eine Jahresproduktion von 11 000 t Aluminium vorgesehen. Als weiteres Aluminiumwerk der Bizone wird voraussichtlich das Bayernwerk in Töging wieder anlaufen können. (WID)

Die Produktion elektrischer Glühbirnen aller Art hielt sich im Januar in der britischen Zone auf der Dezemberhöhe von 1,3 Millionen Stück, wie die Industrieabteilung der britischen Kontrollkommission bekanntgab. (Dena)

Die Schuhproduktion. Für 1948 ist in der Bizone die Herstellung von 21 Millionen Paar Schuhen — ganz oder teilweise aus Leder — gegenüber fünfzehn Millionen Paar im vergangenen Jahr vorgesehen, wie die Industrieabteilung der britischen Kontrollkommission mitteilte. (Dena)

Wolleinfuhr gekürzt. Die ursprünglich von der JEIA genehmigte 12 000 t Einfuhr an Rohwolle mußte, da die Preise auf dem Weltmarkt weiter gestiegen waren, auf 6 640 t gekürzt werden. Von den 12 000 t sollten 3 600 t auf Lager gelegt werden, 2 400 t direkt zur Verarbeitung gelangen. Mit dieser Einfuhrkürzung ist für die Textilwirtschaft das Programm dieses Jahres wieder einmal gekürzt. (WID)

Zoller-Geigenbau in Karlsruhe. Das Leipziger Messeamt schreibt in einem Bericht über Musikinstrumente auf der Leipziger Messe u. a: Die Karlsruher Firma Zoller-Geigenbau zeigt als Neuheit ihre 5saitigen Zoller-Geigen mit den Resonanzeigenschaften alter Meistergeigen; die neue Formgebung ermöglicht leichtere Spielbarkeit und die fünfte, unterhalb der üblichen vier Saiten liegende C-Saite hat lediglich die Aufgabe, die Obertöne der G-Saite klingen zu lassen.

Herausgegeben unter Militär-Regierungs-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Nachrichten-Agentur), DPD (Deutsch. Pressedienst Britische Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachricht.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Jakob Heß, m. lb. Mann, uns. gt. Vater, ist a. 4. 3. nach schw. Ld. i. d. Ewigk. heimgeg. F. erw. Anteiln. u. v. Bl.-Sp. herzl. Dk. Emma Heß u. Angeh., Neckarstr. 41.
Elisabeth Maier geb. Burkard ist a. 2. 3. in Heidelberg entschl. u. i. Bruchs. beiges. F. Teiln. hzl. Dank. Fam. H. Maier, Fam. J. Burkard, Bruchs., Unteröwish. Str. 22.
Maria Jaeger geb. Kayser, Pfarrwitwe, uns. lb. Mutter u. Großm., i. a. 8. 3. i. A. v. 70 J. jäh v. Gott abgeruf. word. Best.: 11. 3., 13 U., Aus. Hans Otto Jaeger, Pf.
Gg. Steinmann, uns. lb. V., starb im Alt. v. 81 J. Feuerbest.: 11. 3., 12 Uhr, Hauptfriedhof. In tiefer Trauer: Werner Steinmann u. Angehörige, Acherstr. 1.
Gottl. Maier, m. lb. Mann, V. u. Großv., w. a. 8. 3. v. s. schw., m. Ged. ertr. Leid., erl. Feuerbest.: 11. 3., 9 U. Luise Maier geb. Rudel u. Ang., Berckmüllerstr. 16
Josef Röckel, m. lb. Mann V., Schwgv. u. Großv., 66 J., versch. a. 8. 3. n. schw. L. I. tf. Tr.: Fr. Math. Röckel, Fam. Stiederle, Feierabdw. 1b. Beerd.: 11. 3., 14 U.
Ferdinand Thoma, Gipsermstr., m. lb. Mann, V., Großv. u. Schw., ist a. 8. 3., 10 U., s. eingeschl. Beerd.: 12. 3., 10 U., Hptfrdhf. In tf. Tr.: D. Htbl. Hans-Th.-Str. 3 III.
Hedw. Hausberg geb. Doerr, uns. g. M., m. lb. Tocht. u. Schw., folg. ihr. V. n. nur 7 W. i. T. n. Holbg.-Grenzhof, 5. 3. I. tf. Tr.: Sus. Doerr g. Lill, Gertrud Doerr
Emilie Dombrowsky, uns. lb. Tante, ist am 3. 3. n. schw. Leid. gest. D. Beerd. fand in all. Stille st. Für erw. Ant'n., Kr.- u. Bl.-Sp. hzl. Dank. Else Brömme u. Ang.
Amalie Dörflinger Wwe. geb. Vochatzer, u. lb. M., i. e. d. Folg. ein. Unf. a. 8. 3. i. 79. Lj. s. entschl. Beerd: 12. 3., 10.30 U., Hptfrdhf. Akademiestr. 63. Die tr. Hinterblieb.

Ihre Verlobung geben bekannt:
Lore Pieper — Werner Hangs, Khe., Kaiserstr. 97; Kaiserstraße 180. 14. 3. 48.
Annemarie Hilgers — Heinz Gerhard Schaar, Köln-Klettenberg, Siebengebirgsallee 1; Hohenwettersb., Hauptstr. 65.
Ihre Vermählung geben bekannt
Friedrich Zaißer — Friedel Zaißer geb. Schwarzer, Rastatter Straße 17. Tr.: 13. 3. 48, 12 Uhr, Ev. Kirche, Rüppurr.
Konrad Wetzel — Irma Wetzel geb. Ammer, Morgenstr. 29, 11. März 1948.
Dr. med. Karl Woernle — Dr. med. Hannelies Woernle geb. Turban, Kaiserstr. 190. Tr.: 13. 3., Diak.-H.-K. Rüpp., 15 U.
Gustav Gleich — Ilse Gleich geb. Schönthaler, Khe., Durlacher Str. 47. Tr.: 14. 3., 12 Uhr, Notk. Wilhelmstr. 14.
Willi Vollmer — Cilia Vollmer geb. Effelberger, Khe., Seldeneckstr. 16, Frkf./M., Sophienstr. 88, 5. März 48.
Geboren:
Kamilla, unser Mädchen, ist angek. Sime Heisel u. Frau Erna geb. Wendel, z. Zt. Diak.-Haus Dr. Lutz.
Winfried Lothar Richard: Uns 2. Kd. ist angek. Erich Kretzler u. Fr. Erika, Khe., Häußerstr. 5. Prof. Dr. Linsenmeier.

Beteiligungen/Kapitalmarkt
Steuer- u. Buchf.-Praxis, Hausverwaltung, i. denen Chef fehlt, Abg. weg. Alters od. Erwerb. i. Frage kommt, zu käufl. od. geg. Rente zu übernehm. Auch tät. u. fin. Bet. Steuer- u. Rev.-Fachmann Dr. rer. pol., z. Zt. größere Praxis in Ostzone. ☒ K 3420 RDS-Ann.-Exped., Heidelberg, Hauptstr. 122.
RM 20—30 000.— als stille Beteilig. an aussichtsr., seriös. Mittel- od. Kleinbetr. zu vergeb. ☒ 4996 BNN.
Mit 6000 RM w. Beteil. an sol. Unt. ges. Eig. Schrbm. evtl. Büro. ☒ 5404 BNN.
Mit 10—15 000 RM (u. Holzbearb.-Masch., Material, Bauplatz), s. Kaufm., 36 J. Beteilig. ☒ 5319 an BNN.
Mit 20—30 000 RM su. sich Geschäftsführer an rentabl. Untern. zu beteiligen. ☒ 5340 an BNN.
Fachmann d. pharm. Branche su. tät. Beteil. m. Kapitaleinl. an gt. Geschäftsbetr. (Lagerr. vorh.). ☒ 5353 BNN
Einem Terrazzo-Fachmann ist tät. Beteil. an besteh., beh. gen. Betrieb i. Landkreis Khe. geb. ☒ 5335 an BNN.
Geschäfts-Partner gesucht: Vorh. in Khe. ca. 500 qm Raum im 1. Obergesch., geeign. f. Fabrikation, Lager, Werkst. Eil-☒ unter 813 an BNN.
I. Hypothek v. 25 000 RM auf unbelast., gr. Haus v. Priv. sof. ges. ☒ 4998 BNN.
Grundschuld v. 20 000.— Goldmark, 5% Verzins., unkündb., zu vk. (weg. Auswanderung) ☒ 5341 BNN.
5—10 Mille gesucht v. reell. Untern. Sich. Anl. Gew.-Beteil. ☒ 5270 an BNN.
10—15 000 Mk. gegen gute Sicherh. ges. ☒ 5434 BNN.
20 000 RM oh. Zins gg. Sich. zu vergeb. ☒ 5287 an BNN.
Darlehen, Geschäfts- u. Personalkredite, Hypoth., Wiederaufbaukredite zu günst. Bed., Beteil., Forderungseinzüge, Grundstücksverkäufe u. -Vermietungen, Beratung in all. Vermögensangelegenh. durch Bankgeschäft f. Hypotheken Rich. Bauer, K.-Ges., Stuttg.-N., Herdweg 22, Tel. 91 276.

Immobilien
Steuerberaterpraxis, anges., in Khe., m. gt. Kundenbst., zu verp. ☒ unt. 5460 BNN.
Fabrikbetrieb d. Verbrauchsgüt.-Industr. in Südd. ges. Übern. evtl. n. Währungsreform. Wertv. ind. Gegenobj. in US-Zone (1 Million) geb. Wertausgl. möglich. Strengste Diskr. ☒ Christ. Wirtz, Bamberg (Elefantenhaus), Abbolfach 29.
Fabrikationsgelände m. Büros ges. (auch ausbessbed.). Eil ☒ E 195 a. Annoncen-Liebald, Düsseldorf-Benrath.
Schmiede in Khe. od. Umg. zu pacht. ges. v. alleinst. Schmiedem. ☒ 5350 BNN.
Gemischtw.-Handl. m. Whn. Kr. Dessau (Anh.), zu vkf. Ums. 60 Mille, ausbaufäh., m. Warenl. Wohn. i. Westzone ges. R. Siegert, Bln.-Charlottenbg., Suarezst. 57.
Schneiderei sof. zu verpachten. ☒ u. 5494 an BNN.
Besteh. Ladengeschäft (Br. gl.) v. klm. Ehep. zu pacht. o. kauf. ges. Wohn.-Tausch mögl. ☒ 5405 an BNN.
Mietwaschküche, evtl. mit Heißmangel und Gardinenspannerei zu kauf. od. zu pacht. ges. ☒ 4937 BNN.
Hotel oder Restaurant v. intern. Hotelfachm. z. pacht. ges. ☒ unt. 5763 an BNN.
Frühere Wirtschaft (evtl. als Café) zu verp. ☒ 5453 BNN.
Rent. Geschäftshs. u. Baupl. in Khe. gg. ähnl. im Bodenseegeb. ☒ 5271 BNN.
Kleinhaus, zu kf. ges. (2—3 Zim.). Biete auf Wunsch in Berlin schöne Wohnung od. kl. Landhaus b. Berlin. ☒ Heerlein, Berlin N 113, Wicheristraße 68.
Größ. Tankstelle m. Werkst. (evtl. einz.) in g. gt. Lage zu pacht. od. zu kf. ges. Kpl. Werkst.-Einr. m. sämtl. Masch. vorh. ☒ 5454 BNN.
Großgarage, 16×6 m, u. 4 Einzelboxen mit Kammer u. Abort in Durl. geg. Garag. gl. Größe in Khe. Ostst. ☒ unt. 5371 an BNN.
Gut, 40—100 ha, evtl. Sägewerk od. Mühle, m. Landwirtsch. od. ähnl. Betrieb, zu k. o. pa. ges. Ev. T. gg. Villa o. Landh. m. Obstp., bzw. Gut, 20 od. 40 ha, bei Leipzig. ☒ E. Schuhmann, Immob., Leipz. C1, Auenst. 26
Gut (50-90 ha) v. Ldw. b. ho. Anz. z. k. o. p. ges. Schuhmann, Leipzig C 1, Auenst. 26
Gut (50-98 ha), b. hoh Anz. zu k. od. pacht. ges. Ev. Tausch gg. 2 F.-Haus m. Obstg. B. Zuz. Schuhmann, Leipzig C 1, Auenstr. 26.
Hausruine in Bruchsal in best. Geschäftsl., ca. 380 qm, f. 40 000.- sof. zu vk. d. Hans Schmitt, Immob., Karlsr., Vorholzstr. 7, Telef. 2117.
3 Grundstücke, zus. 38 Ar, Gem. Heidelsheim, Hintere Rist, g.r. ebens. in Gem. Bruchsal. ☒ 5351 an BNN.
Grundstück bis 2000 qm. Nähe Gießen, gegen ebens. in Nordbad.-Württb. zu tauschen ges. ☒ 5466 an BNN.
Grundstück, 8 a, m. Scheune, 12×10 m, Nähe Khe., an Industr.-Untern. zu verp. Büro, k. evtl. mit vermiet. werden. ☒ 5533 an Bad. Ann.-Exp., Khe., Zähringerstraße 90.
Grundstück m. Sch. o. Stall u. ev. Whn. i. Rüpp.-Beiertb. z. k. ges! ☒ unt. 5761 BNN
Trümmerhaus (Ausbau von Fabr.-Räumen mögl.), Bhfs.-Nähe, z. verp. ☒ 5452 BNN.
Bauplatz in gut. Wohnlage Khe. od. Ettl. ges. Geboten wird: Neubauwhn. o. Einfamilienh. Evtl. Beteil. an Wiederaufb. ☒ 5355 BNN
Baugelände, ca. 1000—3000 qm, od. größ. Ruinengrundstück in Khe. z. kf. ges., evtl. zunächst mietweise. Grundst. a. Marktpl. kann in Tausch gegeben werd. ☒ Grundstücksverwaltung, Hirschstr. 91, Tel. 4402-4.
Lagerplatz, Nähe Rheinhafen, ca. 8 a, sof. zu verpacht. ☒ unter 5339 an BNN.
Mehr. Äcker i. Heidelsh. a. Mart. z. verp. ☒ 5759 BNN

Tiermarkt
Arbeitspferd gegen Nutz- u. Fahrkuh. Egen, Grünwettersbach, Luisenstr. 11.
Nutz- u. Fahrkuh, a. Kalbin, ev. i. Tausch gg. gt. trächtige Ziege (Ausgl.) z. k. g. J. Kunz, Schöllbronn, H. 32.
Nutz- u. Fahrkuh zu kf. ges. Vols, Grötzing., Kirchst. 7.
Schlachtkuh u. evtl. trächt. Milchziege gg. Nutz- und Fahrkuh od. Rind. Friedr. Vogel, Etzenrot.
Jg. trächt. Ziege z. kf. ges. Reißer, Busenb., Waldst. 28
Jüng. Milchziege (wenn auch nicht trächtig), zu kf. ges. Schenkel, Durl., Karl-Weysserstr. 3, Telef. 91 335.
Schöne Milchziege, trächt., gg. Schlachtziegen. Zobeley, K.-Mühlburg, Marktstr. 5.
Schlachtziege, 2jähr., gegen trächt. Ziege. Föll, Kirchfeldsiedlung, bei Neureut, Gildestraße 8.
Zuchtschwein geg. trächt., gt. Ziege. Kolb, Bahnbrücken Haus 12.
Anerk. Großbrüterei Brunnabend, Ziegelhausen bei Heidelbg. Tel. 3462 in Betr.

Verkauf und Verleih
20 PS Wechselstrom-Motor 220/380 V. (800.—), 7 PS Wechselstrom-Motor 380/660 V. (300.—), zu verk. Tel. Khe. 9653.
Niederdruck-Dampfkessel m. 3-4 qm Hzfl., z. vk. (300.-). Gröner, Khe., Hirschst. 59.
Kompressor-Anlage, 8 atü, m. 10 KW-Antriebsmotor, RM 8000.-, zu vk. ☒ 5707 BNN.
Blechschneidemaschine, neuw. 220 V., 120.- RM, zu verkf. ☒ unter 5347 an BNN.
Mass. Tor (gestemmt), 3,00×2,50 m (2 Flügel), f. Gar. od. Werkst. geeig., z. vkf. Khe., Kaiserallee 107/IV. Tlf. 5154.
Schmiedeeis. Hoftor, 2flügl., 4 m Gesamtbr., tadell. erh., z. verk. J. Hauck & Söhne, Khe.-Durl., Friedhofstr. 2.
Adler Trumpf jun., fahrber., als Lieferwagelchen umgeb., zu vk. (Taxw. 1050.— RM.) ☒ u. K 856 K BNN.
PKW m. Chauffeur a. lebensw. Betr. zu vm. ☒ 5325 BNN.
200 m Rollbahngleis, Spurw. 65 cm, 5 Loren u. 1 Drehscheibe sof. zu vermiet. ☒ unter 5773 an BNN.

Kauf- und Leihgesuche
PKW, nur in gut. Zust., zu miet. od. zu kf., gesucht. Sichtig & Co., Kaiserallee 40.
Kl. PKW, a. unber. o. rep.-b. v. Betr. z. k. gs. ☒ 5455 BNN
Kraftfahrzeuge all. Art lfd. zu kauf. ges. Wilh. Link, Groß-Gar., Khe., Rastatter Str. 41-47, Telefon 7505.
Kleinlieferwagen v. Betrieb zu kf. ges. (Dreirad). ☒ unt. 5470 an BNN.
Gebr. Ford-Motoren u. Fordfahrzeugteile zu kaufen gesucht. Alfred Maisch, Backnang (Württemberg).
2 El.-Motoren, ½ PS, 2—4 PS, zu kf. ges. ☒ 5320 BNN.
ND-Dampfkessel, 6—10 qm Heizfl. zu kauf. ges. Doll & Sö., (17a) Untergrombach.
Teilzerst. Werkzeugmaschinen (Drehbank, Bohrmasch., Hobel- od. Fräsmasch. usw.), auch ausgeglühte, dring. zu kf. ges. ☒ 5711 BNN.
Trommelsextant v. Handelsmarinekapitän dringend zu kauf. ges. ☒ Kolbe, München 9, Deisenhofnerst. 34.
Dezimalwaage zu kf. ges. Rima Karlsruhe, Zähringerstraße 82, Ruf 420.
Waren d. tägl. Bedarfs: Wir bitten f. uns. Kaufhäuser um Angeb. Westd. Kepa Kaufhaus GmbH., Einkauf, Mannh. Friedr.-Ebert-St. 51, Telefon 53437.
Gute Kunstdrucke d. Verlage Hanfstaengl, Seemann u. dergl. in farb. Reproduktionen, einz. u. gesammelt, kauf. Büttner & Co., Hamburg 11, Gr. Joh.-St. 15.
Wissenschaftl. Bibliotheken, wertv. Einzel- u. Standardbücher, Enzyklopäd., Lexiken, Zeitschriftenserien, z. kf. gesucht. Ludwig Röhrscheid, Bonn.
Karteikästen, kompl., mit Schieber für System Kardex, Gr. 2100×1500 mm, zu kf. ges. „Madasan", Karlsruhe, Postfach 103.
Bücher (Romane, Erz., Nov.) kauft Lemminger, Karlsr., Schützenstraße 94.
Alte Jahrg. „Bruchsal. Bote" (1930—33), „Bruchs. Zeitg." (1930—45) gg. gt. Bez. zu leihen ges. ☒ Bo 699 an ARE Stuts, Bruchsal, Kaiserstraße 6.
Glühlampen - Regeneration! Vollst. Einrichtg., auch Einzelapp., zu kf. ges. Vermittlung erw. ☒ u. R 293 Anzeigen-Mittler Rosiefsky, Bonn (Rhein).
Büromöbel, insbes. Schreibmaschinent., v. Großh. z. kf. o. m. ges. ☒ an Bregenzer, Rheingoldstr. 11, Ruf 805.
Büro-Schreibtisch zu kf. ges. Ing.-Büro K. Fischer, Khe., Geranienstraße 19.
Tische, Schränke u. Regale z. kf. ges. Tel. Khe. 3204.
Stehleiter drgd. zu kf. ges. Sprach-Institut Illi, Khe., Sophienstraße 87.
National - Registrierkasse zu kf. ges. Stuckert & Muller, Frankenthal/Pfalz.
Rechenmaschinen (Handbetr. od. el.), leihw. f. Abschl.-Arb. geg. gt. Miete sofort ges. Karlsruher Lebensversich.-A.-G., Karlsruhe, Leopoldstraße 7a.
Schreibmaschine v. Großh. z. kf. od. l. ges. ☒ Bregenzer, Rheingst. 11, T. 805.
Nähmaschinen (Schnellnäher), drgd. zu kf. ges. Fa. Albert, Damen Konfektion, Bonn, Koblenzer Straße 32.
Strickmaschinen (flach.) jeder Größe zu kf. ges. Bender, Mech. Strickerei, Malsch b. Heidelberg.
Röstmaschine od. Röstanlage, auch alt. Syst., v. Gesch. zu kf. ges. ☒ 5343 an BNN.
Frauenhaare kauft Backstroh, Friseur d. Dame, Karlsr., Kriegsstraße 96.
Uhrenwerke jeder Art, unbrauchbar, kft. lfd. Warcop, Uhren-Fachwerkstätte, Karlsr., Kriegsstr. 284.
Doppel-Walzentrockner (Kartoffelflockentrockner), mögl. sof. z. kf. ges. ☒ W 7132 Anz.-Exped. W. Wilkens, Hamburg 1, Pressehaus.
Selbstfahrer - Rollstuhl, ohne Mot., f. 100% Beinbeh. zu kf. od. miet. ges. ☒ unt. K 688 K an BNN.
Getrocknete Trester (Apfel-, Birnen-, Rhabarber-, Beeren-, Trauben- u. Rüben-) zu kf. ges. ☒ 4156 an Annoncen-Imke, Frankfurt/M., Friedr.-Ebert-Straße 36.
Verseifbare Harze, lfd. grö. u. kl. Posten zu kauf. ges. Ernst Ruwald, Chem. Fab., (16) Bad Nauheim, Hauptstraße 50.
Pappen-Abfälle (Mindestgrö. 12×30 cm) od. Ganzstück sowie Kartonagen lfd. für die Hausschuhfabrik zu kf. ges. Heimwerk Philippsburg/Bd., Hanns Rehm.
Kiefern-Samenzapfen aus eig. Beständen sowie alle and. Forstsämereien kauft lfd. Wilh. Bührlen, Forstsamen-Klenganstalt, Miltenberg/Main, Schließ. 39, Telefon 354.
Furnierrundhölzer (Werthölzer all Art) zu kauf. ges. Eig. Abfuhrmöglichk. Furnierwk. Brinkmeier, Detmold
Rundhölzer außerh. d. Waldes! Kirsch-, Birn-, Nuß-, Zwetschen-, Pappeln-, Linden-, Eschen-, Rüst.-Rundhölzer kauft ab Marktor. (für 1 fm Rundh. 0,5 cbm Nadelschnittholzschein). Holzhdlg. Richard Spitz, Bruchsal, Durlacher Straße 191.
Baracken, Hallen u. Schupp., 60—120 qm Grundfl., zu kf. gesucht. ☒ 5251 BNN.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg